

Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine)

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 20.09.2017
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:55 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

Anwesend:

Bürgermeister

Bürgermeister Bernd Beushausen

Ratsvorsitzender

Beigeordneter Harald Schliestedt

1. stellv. Ratsvorsitzender

Ratsherr Reginald Klossek

Ratsmitglied

Ratsherr Ralf Ahrens

Beigeordneter Andreas Behrens

Ratsfrau Ute Bertram

Ratsherr Bernd Beutler

Beigeordnete Andrea Brodtmann

Ratsherr Dirk Dräger

Ratsfrau Katja-Susann Driemel

Ratsherr Guido Franke

Ratsfrau Waltraud Friedemann

Ratsfrau Kerstin Funk-Pernitzsch

Ratsherr Patrick Gensicke

Ratsherr Uwe Höltgebaum

Ratsherr Gerhard Jäschke

Ratsfrau Cigdem Kiral-Letzel

Ratsfrau Heike Lietz

Ratsfrau Nicole Mahnkopf

Ratsherr Marcel Munzel

Beigeordneter Werner Neumann

Ratsherr Reinmund Piepho

Ratsfrau Claudia Richter

Ratsherr Jörg Schaper

Ratsherr Stephan Schaper

Ratsfrau Gerlinde Schwarze

Ratsherr Dr. Thomas Stadler

Ratsherr Horst-Georg Urbanke

Ratsfrau Sabine Voshage-Schlimme

Beigeordneter Wolfgang Wiek

Beigeordneter Oliver Wöhler

von der Verwaltung

Herr Uwe Brinckmann

Herr Guido Sievers

Frau Ina Lechel

Herr Scharf

Protokollführer
Herr Wolfgang Nüßler

Abwesend:

2. stellv. Ratsvorsitzender
Ratsherr Bernd Hoffmann

Ratsmitglied
Ratsherr Peter Winkelmann

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Alfeld (Leine) sowie der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Herr Schliestedt begrüßt die anwesenden Personen, einschließlich Frau Marschall von der Alfelder Zeitung.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine) am 15.06.2017

Herr Franke bittet darum, das Protokoll hinsichtlich seines Beitrages dahingehend zu ändern, dass es sich um einen Termin innerhalb des Antragsverfahrens gehandelt habe und nicht nur um eine Informationsveranstaltung. Nach seiner Auffassung wäre es Pflicht in der Stadt gewesen, daran teilzunehmen.

Herr Beushausen verweist auf die Urschrift des Protokolls und erklärt, gegen eine entsprechende Anpassung des Protokolls keine Bedenken zu haben. Allerdings sollte der Zusatz angebracht werden, dass es sich bei der Trasse derzeit nicht um eine Vorzugstrasse handele.

Mit diesen Änderungen wird das Protokoll genehmigt.

- e i n s t i m m i g -

Herr Schliestedt ergreift das Wort und erinnert an das Hochwasser vor ca. 2 Monaten. Es habe sich als richtig erwiesen, die zahlreichen Schutzmaßnahmen, wie z.B. den Bau von Regenwasserrückhaltebecken getroffen zu haben. Er dankt allen ehrenamtlichen Helfern, insbesondere den 450 Feuerwehrleuten aus Alfeld und Schaumburg, den Mitarbeitern der Stadt, des THW und des DRK.

3. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Herr Beushausen kündigt Berichte zum Hochwasser in den beiden Sitzungen des Feuer- schutz- und Ordnungsausschusses sowie des Bau- und Grundeigentumsausschusses in der nächsten Woche an. Der Bürgermeister beschreibt die damalige Situation und kündigt die Veranschlagung weiterer Schutzmaßnahmen im Haushalt 2018 an. Ohne die vorhandenen Regenwasserrückhaltebecken hätte man das Wasser aus der Innenstadt nicht heraushalten können. Er lobt die Zusammenarbeit mit dem Team der Feuerwehr und der Verwaltung. Festzuhalten sei, dass das Wasser nicht aufzuhalten war. Man habe sich darauf beschränken müssen, es zu leiten. Für künftige Fälle sei es erforderlich, die Materialausstattung zu verbessern. Wichtig sei gewesen, dass keine Menschen zu Schaden gekommen seien und auch keine Häuser eingestürzt sind oder einsturzgefährdet seien. Das sei in anderen Teilen des Landkreises anders gewesen. Die Parkresidenz sei im Übrigen statisch nicht beschädigt worden.

Beleidigende Äußerungen seitens einiger Bürger gegenüber Feuerwehrleuten seien überhaupt nicht tolerabel.

Die Schäden des Hochwassers würden im II. Nachtragshaushalt 2017 abgebildet werden.

Die Kommunen des Landkreises würden sich für die Feuerwehreinsätze nicht gegenseitig Rechnungen schreiben, dieses sei vielmehr Amtshilfe gewesen.

Der Bürgermeister dankt auch den Ehefrauen vieler Feuerwehrleute, die das leibliche Wohl sichergestellt hätten.

Ein besonderer Dank gelte auch der Fa. Sappi, deren Geschäftsführer Herr Rajcsanyi angekündigt habe, keinen Ersatz für den Ausfall von Feuerwehrleuten geltend zu machen.

Eine Verbesserung des Hochwasserschutzes sei ohne weitere Investitionen, insbesondere in Brunkensen, Langenholzen und Sack nicht möglich.

Der II. Nachtrag werde wahrscheinlich auch Unterstützungsleistungen des Landkreises und des Landes Niedersachsen ausweisen.

Der Krisenstabsraum müsse auf jeden Fall fertig gestellt werden, um künftig optimal die Einsätze leiten zu können.

Herr Urbanke ergänzt, dass auch die Flüchtlinge sehr engagiert Hilfe geleistet hätten.

4. Aussprache zum Bericht des Bürgermeisters

Keine Wortmeldungen

5. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung und des I. Nachtragshaushaltsplans der Stadt Alfeld (Leine) für das Haushaltsjahr 2017; Vorlage: 101/XVIII

Herr Beushausen berichtet über die Entwicklung des Themas der Sicherstellung der Kinderbetreuung seit 2014 vor dem Hintergrund der in 2019 auslaufenden Betriebserlaubnisse.

Er erläutert Sinn und Zweck der Machbarkeitsstudie. Schwankungsbreiten hinsichtlich der Kostenschätzung um 30 % nach oben oder unten seien denkbar.

Nach allen z. Zt. bestehenden Erkenntnissen sei die Alte Post die wirtschaftlichste Variante. Auch die Verwendung der heutigen Erich-Kästner-Schule sei geprüft worden, nachdem der Landkreis das Gebäude angeboten hatte. Bei näherer Betrachtung habe sich jedoch herausgestellt, dass der Landkreis diese Schule zumindest in naher Zukunft nicht entbehren kann. Das Kaufangebot des jetzigen Eigentümers Alte Post lief Ende August d.J. aus. Deshalb sei recht-

zeitig ein Kaufvertrag unter Vorbehalt der Genehmigung des Nachtrages durch die Aufsichtsbehörde und entsprechender Ratsbeschlüsse geschlossen worden.

Weitere Erkenntnisse könnten jedoch dazu führen, dass die Alte Post nicht für Kinderbetreuungszwecke hergerichtet wird. Dann bliebe aus heutiger Sicht nur die Sanierung der Altstandorte, was nach bisherigen Ermittlungen jedoch teurer wäre.

Mit dem Nachtrag gehe es darum, die Kaufoption in Eigentum umwandeln zu können und weitere Planungen anstellen zu können.

Zur Frage der NO₂-Belastung berichtet Herr Beushausen, dass das Gewerbeaufsichtsamt dazu befragt worden sei. In der schriftlich vorliegenden Antwort sei ausgeführt worden, dass ein Jahresmittelwert nicht überschritten werden dürfe. Die Behörde habe geantwortet, dieses sei dann der Fall, wenn einige zehntausend Kraftfahrzeuge täglich den Messpunkt passieren würden. Das Gewerbeaufsichtsamt gehe in seinem Schreiben davon aus, dass es in keiner Alfelder Straße zu einer Überschreitung dieser Werte kommt. So bestehe aus aufsichtsbehördlicher Sicht des Gewerbeaufsichtsamtes in Alfeld kein Handlungsbedarf.

Herr Behrens berichtet, seine Fraktion habe kein abschließendes Ergebnis erarbeiten können, spreche sich jedoch für den Erwerb aus, um den es zunächst auch nur gehe. Alle weiteren Entscheidungen müssten später erarbeitet werden. Im Falle der Feststellung, dass die Verwirklichung des Vorhabens zu teuer wäre, sei er überzeugt, das Grundstück ohne Verlust wieder verkaufen zu können.

Herr Wiek kündigt für die SPD an, dem Nachtrag zustimmen zu wollen, da aus heutiger Sicht die Alte Post die wirtschaftlichste Lösung darstelle. Im Übrigen halte er das Grundstück auch für marktgängig. Man müsse die Kostenberechnung abwarten und dann über einen Umbau entscheiden.

Herr Munzel fragt sich, ob bei der Vorgehensweise mit dem Steuergeld gespielt werde. Er betrachtet die „Anlieferungssituation“ für Kinder und hält sie für unbefriedigend. Außerdem seien Bodenbelastungen nicht vollständig ausschließbar. An dem Standort könne von frischer Luft keine Rede sein. Auch Hochwasser könnten zu Bodenbelastungen des Grundstücks geführt haben. Da das Auslaufen der Betriebserlaubnis und Brandschutzmängel schon länger bekannt seien, hätte man sich viel früher um geeignete Grundstücke bemühen müssen. Zudem erinnere ihn das Gebäude an eine kasernenmäßige Unterbringung.

Herr Schaper kündigt für die BAL an, den Nachtrag abzulehnen. Ein Vergleich der Zahlen der Machbarkeitsstudie mit Kostenermittlungen durch das Ingenieurbüro Kammerer für die St. Nicolai-Kindertagesstätte habe ergeben, dass die Zahlen der Machbarkeitsstudie um ca. 50 % höher lägen und damit um ca. 1 Mio. Euro überhöht seien. Er habe Zweifel an der Richtigkeit der überschläglichen Kostenermittlung. Der Kauf sei nicht wirtschaftlich. Er sehe auch keine gute Marktgängigkeit des Grundstückes.

Frau Funk-Pernitzsch kündigt die Zustimmung des Bündnis90/Die Grünen an. Der Erwerb des Grundstückes sei erforderlich, um den Verpflichtungen zur Sicherstellung des Kinderbetreuungsbedarfs nachkommen zu können. Die Verwaltung habe mehrere Alternativen geprüft und der Politik mitgeteilt, dass es aus heutiger Sicht keine wirtschaftlichere Lösung gebe. Sollte sich noch eine günstigere Alternative ergeben, könne das Objekt wieder verkauft werden. Sie schlägt die Bildung einer Arbeitsgruppe unter Bürgerbeteiligung vor. Auch nachhaltige Verkehrskonzepte sollten mit betrachtet werden. Das Objekt biete die Möglichkeit eine Kita zu schaffen, deren Strahlkraft über die Stadtgrenzen hinaus reichen könnte, wenn man daran denke, dass ein Indoor-Spielplatz möglich sei und ein sehr attraktives Außengelände vorhanden sei. Im Übrigen sei die Nähe zum Bahnhof für berufstätige Eltern sehr positiv.

Frau Bertram vertritt die Auffassung, die Verwaltung müsse sich überlegen, was passieren solle, wenn sich das Objekt nicht verwirklichen lassen sollte. Man müsse weiter an verschiedene Standorte denken. Konkret fragt sie Herrn Beushausen, was geschehen solle, wenn sich das Vorhaben nicht verwirklichen ließe.

Herr Höltgebaum erinnert an die frühere Nutzung des Grundstückes, auf dem Garagen für Busse, Hebebühnen etc. vorhanden gewesen seien. Er fragt, ob das Gelände mit Altlasten behaftet sei bzw., ob man das Vorhandensein von Altlasten ausschließen könne.

Herr Beushausen antwortet gegenüber Herrn Munzel, er habe durch seine Äußerungen den Eindruck erweckt, als habe die Verwaltung den Rat an der Nase durch die Manege gezogen. Die Verwaltung habe bereits in 2014 die Politik mit dem Thema konfrontiert und somit ihren Auftrag erfüllt. Eine Kita-Planung lasse sich nicht auf 10 Jahre festschreiben. So habe man vor 10 Jahren mit der Schließung von Kitas aufgrund der damaligen Geburtenzahlen gerechnet. Heute stelle sich die Situation völlig anders dar.

Dass die Verwaltung und auch der Rat sehr wohl von geplanten Maßnahmen zurücktrete, wenn es sinnvoll sei, habe sich im Fall des Treffs erwiesen. Dort habe man davon Abstand genommen, 1,6 Mio. Euro zu investieren.

Herr Beushausen antwortet Frau Bertram, die Alternative zur Alten Post sei ein Umbau der Vormasch. Dann könnten jedoch die 4 vorhandenen Gruppen während der Bauphase nicht umverteilt werden, so dass die Verwaltung eine Containerlösung vorschlagen würde. Im Übrigen müsse er darauf hinweisen, dass die Stadt hier eine Aufgabe des Landkreises erledige, in dessen Zuständigkeit die Kinderbetreuung liege.

Die Ausführungen von Herrn Höltgebaum beantwortet Herr Beushausen mit Hinweis darauf, dass die Post nach Aufgabe des Busverkehrs das Gelände als Fernmelde- und Logistikzentrum genutzt habe. Damals seien vorschriftsmäßig Abscheider installiert gewesen. Dennoch könne heute niemand mit absoluter Sicherheit sagen, dass auf dem Gelände keine Belastungen vorhanden sind. Nach allen heute vorliegenden Erkenntnissen gebe es jedoch keine Umstände, die den Betrieb einer Kita an diesem Standort verbiete.

Auch **Herr Wöhler** ist der Auffassung, dass es heute nur um den Erwerb gehe. Er maße sich keineswegs an, die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen in Zweifel zu ziehen. Wenn man das Grundstück jetzt nicht erwerbe, sei es weg. Es nicht zu kaufen, sei aus heutiger Sicht grob fahrlässig.

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Alfeld (Leine) für das Haushaltsjahr 2017 in der beigefügten Fassung.“

Mit 5 Nein-Stimmen - m e h r h e i t l i c h b e s c h l o s s e n -

6. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Sievers berichtet, dass in Lütgenholzen erhöhte Keimwerte im Trinkwasser festgestellt worden seien. Bis auf Weiteres dürfe dort nur noch abgekochtes Wasser verwendet werden.

Herr Beushausen ergänzt, dass die Wasserversorgung für Lütgenholzen aus Richtung der Gemeinde Leinebergland stamme. Die Problematik liege wahrscheinlich im Bereich von Eime. Lütgenholzen werde also nicht von dem Brunnen am Eimser Weg und des Liethgrundes versorgt.

7. Anfragen

Keine

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

Gez. Schliestedt

gez. Beushausen

gez. Nüßler